



Ein Basel – ein Projekt

Die politische Landschaft in unserer Region wird seit diesem Sommer durch die neu lancierten Initiativen für eine Fusion der beiden Basel aufgemischt. Was längst die Lebenswirklichkeit der meisten Menschen in unserer Agglomeration prägt, soll auch politische Wirklichkeit werden: ein Basel – ein Kanton!

Eine alte Geschichte?

Die Sozialdemokratie hat die früheren Bestrebungen für eine Wiedervereinigung der beiden Basel stets unterstützt, in beiden Kantonen. Zum einen, weil unsere Politik stets darauf ausgerichtet war, künstliche Grenzen und Barrieren der Zusammenarbeit

zu überwinden. Zum andern, weil ein gemeinsames Basel auch gesellschaftspolitisch einen Gewinn darstellt. Die Rechtsungleichheit, die während 180 Jahren trennend zwischen Stadt und Land stand, ist längst überwunden. Heute geht es um die gemeinsamen Herausforderungen einer sozialen

und ökologischen Umgestaltung und um die Vertretung unserer Region in der Schweiz und im europäischen Umfeld.

Partnerschaftspolitik an den Grenzen

Die Partnerschaftspolitik, die seit den 1970er-Jahren viele Fortschritte erreicht hat, stösst immer mehr an ihre Grenzen. Zum einen durch Referenden und eine eigenbrötlerische Bremspolitik, die ausgerechnet von jenen Kreisen getragen werden, die nun die Partnerschaft als Alternative zur Fusion portieren wollen. Gleichzeitig hat sich gezeigt, dass das intensive Geflecht von weit über 100 Staatsverträgen mitunter eine Komplexität erlangt hat, die oft kaum mehr zu überblicken ist. Die Dichte von Staatsverträgen hat aber auch noch eine Nebenwirkung: Je mehr die Belange zwischen den Kantonen durch Staatsverträge geregelt werden, desto grösser wird der Bereich, in dem die demokratische Gestaltungsmöglichkeit bloss auf ein simples Ja- oder Nein-Sagen reduziert wird. Die Doppelspurigkeiten und Leerläufe in den Verwaltungen, bei der Spitalplanung, in der Wirtschaftsförderung, aber auch ganz allgemein in der Gesetzgebung und im Vollzug lasten auf unserer Region.

All das führt zu einer Lähmung der Gestaltungskraft. Gemeinsame Planung, übergreifende Visionen und Entwicklungsschritte fehlen. Allzu oft versumpfen die Perspektiven für eine regionale Politik in den Untiefen von kleinräumigen Eifersüchteleien

und protektionistischer Selbstgenügsamkeit.

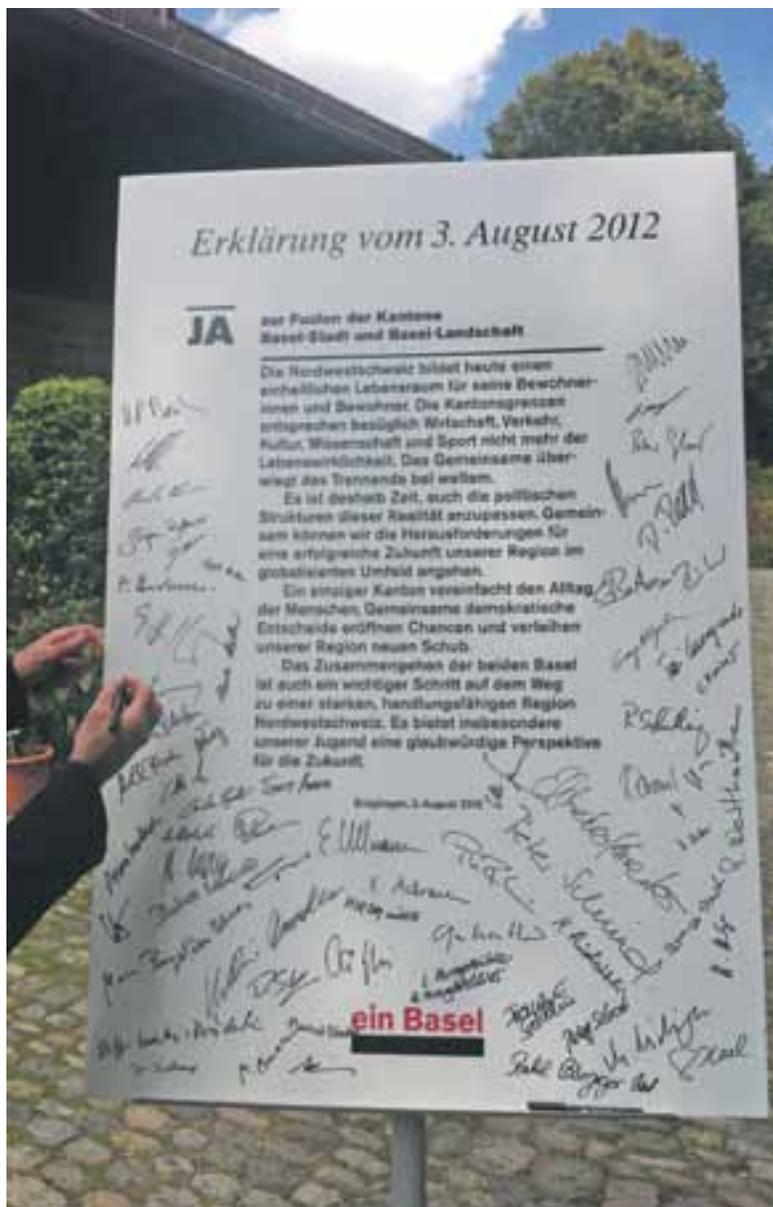
Ein Aufbruch ist nötig!

Es braucht den Aufbruch. Aber auch ein Kanton Basel bleibt, gemessen an den Dimensionen des Umfelds, ein kleinräumiges Konstrukt. Zu recht wird immer wieder gesagt, dass die Zielsetzung ein Kanton Nordwestschweiz sein muss. Voraussetzung für ein solches Konstrukt der Zukunft ist allerdings auf staatsrechtlicher Ebene, dass es einen Kanton Basel gibt, dem sich zu einem späteren Zeitpunkt weitere Gebiete anschliessen könnten. Das soll auch die Perspektive sein. Es geht nicht um eine rückwärtsgewandte

Es geht nicht um eine rückwärtsgewandte Wiedervereinigung, sondern um einen prospektiven, produktiven Fusionsprozess.

Wiedervereinigung, sondern um einen prospektiven, produktiven Fusionsprozess.

Es braucht in diesem Prozess aber auch die Inhalte einer sozialdemokratischen Politik, wie das in einer gemeinsamen Medienmitteilung der SP Basel-Stadt und Baselland zur Lancierung der Fusionsinitiativen hervorgehoben worden ist. Hier müssen wir an die Arbeit gehen. So widmet die SP Baselland ihren Parteitag vom 20. Oktober 2012 in Frenkendorf diesen Perspektiven. Und in der SP Basel-Stadt wird dieses Thema in einer Arbeitsgruppe bearbeitet und Anfang 2013 an einem Parteitag diskutiert!



Ruedi Brassel
Landrat und Sekretär
der SP Baselland

Leicht verbessert – aber nicht über alle Zweifel erhaben

Kurz vor den Sommerferien ist die Regierungsvorlage zur Reform der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK) mit den Anpassungen an die neuen Bestimmungen im BVG und dem eigentlichen Sanierungspaket veröffentlicht worden. Die SP-Fraktion liess sich an einer ausserordentlichen Fraktionssitzung über die Reform informieren. Dabei legte sie den Fokus einerseits auf die kommende Belastung der Arbeitnehmenden, andererseits auf die vorgesehene Vollkapitalisierung.

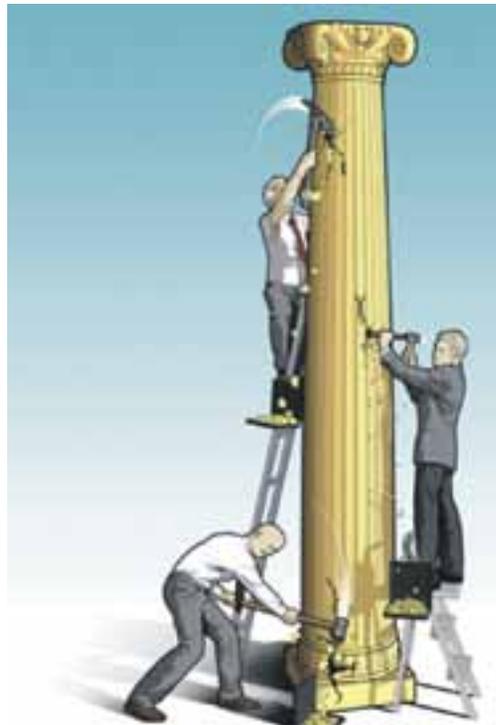
Folgen für die Arbeitnehmenden

Die definitive Vorlage bringt im Vergleich zur Vernehmlassungsvorlage eine leichte Verbesserung für die Arbeitnehmenden. An der Erhöhung des Rentenalters von 64 auf 65 Jahre wird allerdings kaum zu rütteln sein, ebenso wenig an der Aufhebung der bisherigen Privilegien wie dem Beitrag des Kantons an die vorzeitige Pensionierung und an der Aufhebung der Überbrückungsrente. Der Wechsel vom Leistungsprimat zum Beitragsprimat ist mittlerweile auch bei den Personalverbänden nicht mehr bestritten. Das bisherige Leistungsprimat hat die Solidarität zwischen den Generationen, aber auch zwischen Arbeitnehmenden mit tiefen und solcher mit hohen Einkommen sehr strapaziert. Die Versicherung für Lohn erhöhungen im oberen Lohnsegment wurde vor allem von den wenig Verdienenden finanziert. Mit dem Beitragsprimat werden solche Ungerechtigkeiten aufgehoben.

Eine Forderung der Personalverbände und der SP wurde wenigstens teilweise erfüllt: Das

Verhältnis des Beitrags der Arbeitgebenden und der Arbeitnehmenden an die Sanierung wurde von 50 zu 50 auf 55 zu 45 Prozent verändert.

In der parlamentarischen Debatte werden wir ein besonderes Augenmerk auf die Situation von Arbeitnehmenden mit tiefen Einkommen richten müssen. Eine vorzeitige Pensionierung muss auch für sie bezahlbar sein. In dieser Hinsicht braucht es noch Verbesserungen.



Vollkapitalisierung oder Teilkapitalisierung

Die Vorlage geht von einer Vollkapitalisierung aus. Das heisst, die Pensionskasse soll zu 100 Prozent ausfinanziert werden. Als Folge wird die Staatsgarantie aufgehoben.

Die jüngsten Diskussionen schliessen allerdings auch eine Teilkapitalisierung nicht aus. Die BLPK hatte im Schnitt der letzten Jahre einen Deckungsgrad von etwa 80 Prozent. Bei einer Teilkapitalisierung wäre dieser Deckungsgrad das Ziel. Das käme den Kanton und die angeschlossenen Organisationen günstiger zu stehen und würde die Verlustrisiken bei der Vermögensverwaltung minimieren. Zudem ist davon auszugehen, dass in den 40 Jahren, über welche die Sanierungskosten verteilt werden, die Zinsen wieder ansteigen werden und sich die Kasse wenigstens teilweise selber sanieren kann. Allerdings muss zuerst noch abgeklärt werden, was eine Teilkapitalisierung für Auswirkungen hat, wenn angeschlossene Organisationen nach der Reform aus der BLPK aussteigen und nur zu 80 Prozent ausfinanzieren müssen. Das sollte nicht zu Lasten der Kasse und des Kantons gehen.

Für Diskussionen ist also weiterhin gesorgt.

Regula Meschberger
Landrätin



AGENDA SP BASELLAND

Sonntag, 23. September

Abstimmungssonntag

u. a. zu unserer Initiative «Schluss mit den Steuerprivilegien!»

Samstag, 20. Oktober, 10–15 Uhr

Ausserordentlicher Parteitag zur Fusionsfrage BS/BL

Einladung folgt

Mittwoch, 24. Oktober, 19.30 Uhr

Delegiertenversammlung der SP BL

Alte Dorfturnhalle, Pratteln

VERANSTALTUNGSREIHE ZUM THEMA SOZIALVERSICHERUNGEN

Donnerstag, 25. Oktober, 20 Uhr

Ueli Mäder: «Die Geschichte der sozialen Sicherheit»

Museumskeller, Holeerain 20, Binningen

Donnerstag, 1. November, 20 Uhr

Colette Nova: «Die soziale Schweiz auf dem Prüfstand»

Museumskeller, Holeerain 20, Binningen

Donnerstag, 22. November, 20 Uhr

Beat Ringger, Denknetz: «Allgemeine Erwerbsversicherung – ein Modell für die Zukunft?»

Museumskeller, Holeerain 20, Binningen

PAROLEN

BASELLAND

«Schluss mit den Steuerprivilegien»

Initiative	JA
Gegenvorschlag	NEIN
Stichfrage	INITIATIVE

NATIONAL

Jugendmusikförderung	JA
Sicheres Wohnen im Alter	NEIN
Schutz vor Passivrauchen	JA

Auf geht's! Regierungs- und Grossratswahlen

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Sympathisantinnen und Sympathisanten
Am 28. Oktober ist es so weit und ihr habt die Wahl!
Die Wahl für ein erfolgreiches Basel mit hoher Lebensqualität, bezahlbarem Wohnraum sowie sicheren Arbeitsplätzen und fairen Löhnen – für alle statt für wenige.

Für die nächsten Wochen, die heisse Wahlkampfphase, haben die Quartiervereine sowie die Kantonalpartei viele tolle Aktionen geplant! Kantonale Aktionstage zu unserem Motto **Wohne, Schaffe, Läbe**, Standaktionen in den Quartieren oder ein Velocorso finden in Basel und Riehen vor Ort, bei den Leuten, statt. Dort präsentieren sich unsere Grossrats- und RegierungsratskandidatInnen und stellen sich den Fragen und Anregungen der Basler BürgerInnen. Die Aktionen sind erfolgreich. Dies zeigen bereits die Erfahrungen und Rückmeldungen von den vergangenen Veranstaltungen, an denen wir gemeinsam sehr viel Spass hatten.

Um dieses erfolgreiche Konzept fortsetzen zu können, ist es wichtig, dass alle gemeinsam am Ball bleiben und zahlreich an den Aktionen teilnehmen, deshalb unterstützt bitte euren Quartierverein und Wahlkreis. Euer Engagement ist der Kern des Strassenwahlkampfes. Je mehr Leute von uns vor Ort sind, desto stärker werden wir wahrgenommen.

Die Daten stehen bereits für alle Aktionen fest. Für weitere Details lest bitte regelmässig unseren Newsletter, «liked» unsere neue Facebook-Seite www.facebook.com/spbaselstadt1890 oder wendet euch, wenn ihr euch für einen kantonalen Aktionstag interessiert oder einbringen möchtet, per Mail an:



Regierungsrat richtig wählen – am besten die Liste unverändert einlegen

sekretariat@sp-bs.ch. Das Sekretariat ist für alle Anfragen offen. Für Fragen zu den Stand- und Verteilaktionen wendet euch bitte an euren Quartierverein.

Wir freuen uns sehr auf die weiteren Aktionen mit Euch. Lasst uns die entscheidende Phase des Wahlkampfes gemeinsam mit viel Elan und Freude bestreiten – so erreichen wir unsere Wahlziele.

*Nicole Amacher, Wahlkampfleitung Sekretariat
 Julia Hoppe, Wahlkampfpraktikantin*



Ich kandidiere, weil ich mich sehr stark für Familienthemen engagieren möchte. Hier ist noch einiges zu tun, unter anderem an der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und beim Thema Gleichstellung. Es gehören mehr Frauen ins Parlament, damit diese Themen intensiviert werden können.

Im Weiteren setze ich mich auch für eine faire Integrations- und Migrationspolitik in Basel ein. Da ich auch in der Einbürgerungskommission aktiv bin, ist es mir wichtig, die Einbürgerungen fair und interessanter zu gestalten.

Mit einer guten Wahlkampagne sind die Wahlen schon fast gewonnen! Deswegen war es mir auch wichtig am Puls der Sache, in der Wahlleitung, zu sein.

In der Wahlleitung spüren wir die Ambitionen und Euphorie der KandidatInnen – dies motiviert einen noch viel mehr! Wahlkampf zu führen macht Spass...

Edibe Gölgeli, Bürgergemeinderätin

WAHLKAMPF MIT VOLLEM EINSATZ



Aktionstag «öffentlicher Raum» vom 25. August 2012

AGENDA SP BASEL-STADT

Samstag, 15. September
Grosses SP-Fest für alle
 Theaterplatz, 11–18 Uhr

Mittwoch, 19. September
Luftballonaktion SP Frauen
 Marktplatz, 18 Uhr

Samstag, 22. September
Aktionstag «Schaffe»
 Details folgen

Samstag, 22. September
Quartierspaziergang mit den Regierungsräten durch Kleinbasel
 10 Uhr, Treffpunkt: Schorenareal

Donnerstag, 25. September
Delegiertenversammlung zum Wirtschaftspapier
 Volkshaus, Unionssaal, 20 Uhr

Samstag, 20. Oktober
Schlussmobilisierung und Velocorso
 10 Uhr

Sonntag, 28. Oktober
RR/GR-Wahlen

Details zu den Aktionstagen und weitere Veranstaltungshinweise auf www.sp-bs.ch

Mehr Sicherheit für Frauen in Basel

Die SP Basel-Stadt fordert mehr Sicherheit für gewaltbetroffene Frauen in Basel und klärt in einem ersten Schritt mittels zweier Interpellationen die Ausgangslage ab: Die meisten Gewalttaten gegen Frauen finden immer noch Zuhause im engen sozialen Rahmen statt, durch Täter, welche den Opfern bekannt sind. Zudem sind Frauen, die als Sexarbeiterinnen tätig sind, durch ihren ungesicherten Status kaum gegen Übergriffe geschützt.

Seit 2007 ist es unter dem Motto «Wär schloht, dä goht» möglich, bei häuslicher Gewalt den Täter oder die Täterin durch die Polizei wegzuweisen. Gewalt in Ehe, Partnerschaft und Familie ist zu einem öffentlichen Thema und zu einer Aufgabe der öffentlichen Sicherheit geworden. Häusliche Gewalt ist nicht bloss «Privatsache» und wird vom Staat nicht toleriert. Laut der Kriminalstatistik von Basel-Stadt wurde im Jahr 2011 eine Steigerung der Anzahl Straftaten betreffend häusliche Gewalt von

16 Prozent auf 860 registriert. Nicht ersichtlich ist, bei wie vielen Fällen die Polizei eine Wegweisung verfügt hat und inwiefern diese überhaupt von der Polizei genutzt wird. Es ist auch unklar, wie dies im Vergleich zu anderen Städten zu bewerten ist und inwieweit das Polizeikorps in Bezug auf Wegweisungen geschult wurde.

Häusliche Gewalt ist nicht bloss «Privatsache» und wird vom Staat nicht toleriert.

Bei Sexarbeiterinnen im Rotlichtmilieu ist die Ausbeutungsgefahr hoch und die Sicherheitslage prekär. Sexarbeiterinnen sollen diese Arbeit jedoch selbstbestimmt, legal und mit arbeitsrechtlichem Schutz ausüben können. Anstelle von aufenthaltsrechtlichen Kontrollen sollen bei Sexarbeiterinnen vermehrt – zu ihrem Schutz – ihre Arbeitsbedingungen überprüft werden. Die administrativen Hür-

den für Arbeitsverträge, beziehungsweise für Nachweise der Selbständigkeit, sollen gesenkt werden, damit sie die Frauen nicht in Abhängigkeiten oder in die Illegalität drängen. Die Frauen müssen über ihre Rechte und Pflichten informiert sein und in ihrer Handlungsfähigkeit gestärkt werden. Eine Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen ist notwendig, damit sie weniger von Gewalt betroffen sind und aus ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen herausfinden.

Tanja Soland
Fraktionspräsidentin SP BS



Beatriz Greuter
Grossrätin SP BS



... und der zweite folgt sogleich?

Am 17. Juni lehnte das Baselbieter Stimmvolk das Entlastungsrahmengesetz ab, welches unter anderem auch die Abschaffung der Berufsvorbereitenden Schule 2 (BVS 2, vormals DMS 2) zur Folge gehabt hätte. Die Bevölkerung signalisierte damit, dass im Bildungsbereich weniger gespart werden soll. Dies ist auch das Ziel der Initiativen des Komitees Gute Schule Baselland. Gleich vier Initiativen gelangen voraussichtlich am 25. November zur Abstimmung. (Eine fünfte, für die Weiterführung der BVS 2, konnte zurückgezogen werden.) Alle entstanden als Reaktion auf das Sparpaket der Regierung.

Die Initiative «Ja zur guten Schule Baselland: Betreuung von Schulkindern optimieren» verlangt die Reduktion der Unterrichtsverpflichtung für Klassenlehrkräfte um eine Stunde pro Woche. Schülerinnen und Schüler

sind heute auch ausserhalb des Unterrichts auf Betreuung angewiesen. Dadurch verbessern sich ihre Erfolgchancen und ihre Zukunftsperspektiven. Die Initiative fordert, dass Klassenlehrpersonen der Primar- und Sekundarstufe wöchentlich eine Lektion weniger unterrichten und diese Zeit zur Betreuung ihrer Schüler einsetzen sollen. Eine tiefere Wiederholungsquote würde erreicht. Die Bildungskosten könnten gesenkt werden.

Die Initiative «Bildungsqualität auch für schulisch Schwächere» setzt sich für die Kaufmännische Vorbereitungsschule (KVS) ein und will deren Abschaffung verhindern. Die KVS ermöglicht schulisch schwächeren Schülerinnen und Schülern aus der Sekundarschule den Zugang zu einer kaufmännischen Ausbildung. Die KVS ist eine Erfolgsschule,

die grosse Anerkennung in der Bevölkerung und der Wirtschaft genießt.

Der Initiative «Überfüllte Klassen reduzieren» steht ein indirekter Gegenvorschlag der Regierung gegenüber. Um die individuelle Betreuung der Jugendlichen zu verbessern und damit die Qualität unserer Schulen zu steigern, ist eine Reduktion der Klassengrößen sinnvoll. Die Klassengröße auf der Primar- und Sekundarstufe (Niveau E und P) soll mit der Initiative auf maximal 22 Schülerinnen und Schüler festgelegt werden, die Regierung will die Höchstzahl auf 24 limitieren.

Die Initiative «Keine Zwangsverschiebungen von Schulkindern» schliesslich beschäftigt sich mit den kostenoptimierenden Klasseneinteilungen innerhalb der neu gebildeten Schulkreise des Kantons.

Ende November folgt also der zweite Abstimmungstreich zum Streichkonzert im Bildungswesen. Die SP Baselland wird an der DV vom 24. Oktober dazu die Parolen fassen.



Christoph Hänggi
Landrat und Vizepräsident
SP Baselland

IMPRESSUM

SP Basel-Stadt
Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel
T/F 061 685 90 20/29
sekretariat@sp-bs.ch, www.sp-bs.ch

SP Baselland
Rheinstrasse 17, Postfach, 4410 Liestal
T/F 061 921 91 71/68 71
info@sp-bl.ch, www.sp-bl.ch